

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Lorey, Isabell
Demokratie im Präsens

Eine Theorie der politischen Gegenwart

© Suhrkamp Verlag
suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2327
978-3-518-29927-2

suhrkamp taschenbuch
wissenschaft 2327

Inmitten der Krisen und Bedrohungen der liberalen Demokratie entwickelt Isabell Lorey eine Demokratie im Präsens, die politische Gewissheiten ebenso aufbricht wie lineare Vorstellungen von Fortschritt und Wachstum. Mit ihrer queer-feministischen politischen Theorie formuliert sie eine grundlegende Kritik an maskulinistischen Konzepten von Volk, Repräsentation, Institution und Multitude. Und sie entfaltet einen originellen Begriff von präsentischer Demokratie, der auf Sorge und Verbundenheit, auf der Unhintergebarkeit von Verantwortlichkeiten beruht – und ohne vergangene Kämpfe und aktuelle Praktiken sozialer Bewegungen nicht zu denken ist.

Isabell Lorey ist Professorin für Queer Studies an der Kunsthochschule für Medien in Köln und arbeitet für die Publikationsplattform *transversal texts* des European Institute for Progressive Cultural Policies (eipcp).

Isabell Lorey
Demokratie im Präsens

Eine Theorie der politischen Gegenwart

Suhrkamp

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Erste Auflage 2020

suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2327

© Suhrkamp Verlag Berlin 2020

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlag nach Entwürfen

von Willy Fleckhaus und Rolf Staudt

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-29927-2

Inhalt

Demokratie im Präsens	
Eine Einleitung	7
1 Rousseau	
Versammlung statt Repräsentation	24
2 Derrida	
Demokratie im Kommen	63
3 Benjamin	
Sprünge der Jetztzeit	84
4 Foucault	
Infinitive Gegenwart	106
5 Negri	
Demokratie und konstituierende Macht	130
6 Präsentische Demokratie	
Sorgepraxis und queere Schulden	161
Literaturverzeichnis	199

Demokratie im Präsens

Eine Einleitung

Die liberale Demokratie fällt auseinander, sie erodiert, sie implodiert. Einschätzungen dieser Art sind seit langem zu hören – nicht erst seit der Ausrufung der »illiberalen« Demokratie oder der Finanz- und Schuldenkrise von 2008 und der anschließenden EU-Austeritätspolitik. Entgegen der Annahme bloß temporärer Krisen eines grundsätzlich immer weiter fortschreitenden Erfolgsprojekts war die liberale repräsentative Demokratie nie intakt. Sie war nie die Verwirklichung der besten aller möglichen Regierungswelten, die Freiheit und Gleichheit für alle garantiert. Seit der Herausbildung ihrer modernen, europäischen Form ist sie von Herrschaftsverhältnissen durchzogen, gegen die immer wieder Widerstand geleistet wurde. Was sich in der Gegenwart krisenhaft zuspitzt, ist der aktuelle Stand einer immer schon umkämpften Regierungsform.

Zugleich erwies sich die liberale Demokratie in den vergangenen Jahrzehnten als erstaunlich stabil und anpassungsfähig. Soziale Bewegungen, die sich parteiförmig organisiert hatten, wie vielerorts in Europa grüne oder linke Parteien, konnten im Zuge von demokratischen Erneuerungsprozessen zu parlamentarischer Vertretung und bisweilen sogar zu Regierungsverantwortung gelangen. Dieser Prozess kann als potenziell unendliche Bewegung der Demokratisierung und Erweiterung von Rechten interpretiert werden – oder auch als andauernde Zähmung und Integration des Protestpotenzials von sozialen Bewegungen.

Seit den 2000er Jahren erhalten vermehrt autoritär-populistische Kräfte Zulauf. Die Dynamiken repräsentativer Demokratie werden weniger zur weiteren Demokratisierung genutzt als zum Stillstellen, Aufkündigen und Zurückdrehen der bereits erreichten Demokratisierung. Es ist die Funktionsweise der liberalen repräsentativen Demokratie selbst, die auch für anti-liberale Kräfte die Möglichkeit birgt, durch Wahlen in Parlamente und an die Regierung zu kommen. Zur Herrschaftsform der repräsentativen Demokratie gehört die Ambivalenz zwischen der schrittweisen Ausweitung von Rechten und sozialer Anerkennung für Diskriminierte auf der einen Seite und dem konservativen bis reaktionären Abbau

von Rechten wie Einwanderungs- und Asylrechten, Abtreibungs- und Arbeitsrechten auf der anderen. Was gerade als Zerstörung liberaler Demokratie durch den Rechtspopulismus verhandelt wird, entsteht aus ihrer Mitte und ist ihr zutiefst zu eigen.

Autoritär-populistische und illiberale Kräfte bauen also gerade auf den konstitutiven Ungleichheiten und Herrschaftsmustern moderner liberaler Demokratie auf. Es sind die Ungleichheiten durch Rassisierungen und jene zwischen den Geschlechtern, den sexuellen Orientierungen, den Eigentümer*innen und den Nichtbesitzenden, den vermeintlich unterentwickelten Kolonien und den zivilisierten Zentren, den Staatsbürger*innen und denen, die an den Orten, an denen sie leben, keine (staats-)bürgerlichen Rechte haben. Liberale repräsentative Demokratie ist in ihren grundlegenden Institutionen paradoxerweise zutiefst undemokratisch. Die heterogenen Vielen des *demos* können gar nicht repräsentiert werden.

In der Verwaltung dieses grundlegenden Mangels sind Parteien und Parlamente keine neutralen Instrumente der Interessenvertretung, sondern selbst Herrschaftsinstrumente zur Aufrechterhaltung geschlechtlicher, rechtlicher, besitz-, bildungs- und rassisierungsbedingter Ungleichheiten. Parteien als die wichtigsten Repräsentations- und Willensbildungsorgane verlieren zudem mehr und mehr Mitglieder, diese werden nur an wenigen ausgesuchten parteiinternen Entscheidungen beteiligt und stellen nur einen Bruchteil der Bevölkerung dar. Schlecht oder nicht repräsentierte »Minderheiten« werden mehr oder weniger integriert und geschützt. Frauen*, Arbeiter*innen und Migrant*innen sind weiterhin schlecht vertreten. Es ist eine der zentralen Aporien liberaler Demokratie, dass Demokratisierungsprozesse stattfinden, ohne diese Form von Demokratie in ihrer maskulinistischen, bürgerlichen und ausschließenden Grundkonstitution zu verändern.

Unter dem Eindruck des »Thatcherismus« Ende der 1970er Jahre entwickelte Stuart Hall den Begriff des »autoritären Populismus«.¹ Er beschrieb damit, wie sich in einer Krise der Repräsentation das Bürgertum als herrschende Klasse neu ordnet, um Repräsentations-

1 Stuart Hall, »Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus« (1980), in: ders., *Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften* 5, Hamburg 2014, S. 101-120. Zur Aktualisierung siehe auch Alex Demirović, »Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie«, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 190, 1 (2018), S. 27-42.

angebote für die Unzufriedenen zu machen und zugleich die Repräsentationskrise gemäßigten liberal-demokratischen Kräften anzulasten. »Autoritärer Populismus« entsteht nicht aus dem Nichts, er hat lange Kontinuitäten und erneuert sich aus der bürgerlichen Mitte heraus. In den vergangenen Jahrzehnten hat durch ideologische Verschiebungen, Umbenennungen und Neugründungen von Parteien wiederum eine solche Erneuerung stattgefunden. Wiederkehrende Mittel autoritär-populistischer Mobilisierung sind »moralische Paniken«,² geschürt durch Themen wie Sicherheit, Migration und sexuelle Liberalisierung.

Autoritärer Populismus richtet sich gezielt gegen eine freiere Gestaltung von Geschlechterverhältnissen und Sexualitätsregimen. Hieran wird grundlegend deutlich, dass es sich beim Erstarken autoritär-populistischer Diskurse und illiberaler Politiken nicht um eine Negation oder das Andere der liberalen Demokratie handelt, sondern um eine erneute Zuspitzung der konstitutiven Geschlechterungleichheit und des Sexismus dieser Form von Demokratie in kapitalistischen Gesellschaften.³ Geschlecht und Sexualität sind nicht einfach Themen oder inhaltliche Argumente zur rechten Mobilisierung. Mit dem Propagieren einer »natürlichen« Geschlechterdifferenz geht im autoritär-populistischen Diskurs eine (Re-)Traditionalisierung von patriarchal-heteronormativen Geschlechterverhältnissen einher, was im Übrigen auch nicht im Widerspruch zu einem rechten »Feminismus« steht, der sich in diffamierender Absicht von dem Konstrukt des »Genderismus« abgrenzt.⁴ Gleichberechtigung gilt als erreicht, was sich nicht zuletzt an weiblichem und homosexuellem Führungspersonal zeigt, und dient in einer nationalistischen und anti-europäischen Haltung zugleich dazu,

2 Stuart Hall, »Die Bedeutung des autoritären Populismus für den Thatcherismus« (1985), in: ders., *Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften* 5, Hamburg 2014, S. 121–132, hier S. 122.

3 Vgl. Birgit Sauer, »Demokratie, Volk, Geschlecht. Radikaler Rechtspopulismus in Europa«, in: Katharina Pühl, Birgit Sauer (Hg.), *Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queer-feministische Positionen*, Münster 2018, S. 178–195, hier S. 190. Autoritärer Populismus ist – wie auch der Liberalismus – »genuin vergeschlechtlicht«, so Sauer (ebd., S. 179).

4 »Anti-Genderismus« wird als »moralische Panik« eingesetzt (vgl. u. a. Agnieszka Graff, Ratna Kapur, Suzanna Danuta Walters, »Introduction. Gender and the Rise of the Global Right«, in: *Signs. Journal of Women in Culture and Society* 3 (2019), S. 541–560, hier S. 551).

jede Gleichstellungspolitik zu delegitimieren.⁵ In der Verbindung zwischen Nationalismus, neoliberaler Politik und biologistischem »Feminismus« wird ein »Femonationalismus«⁶ begründet, der rassistische und Anti-Migrationspolitiken mit naturalisierenden und kolonialistischen Geschlechterdiskursen rechtfertigt, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in einer Politik der Angst in die »Anderen« verlagert.⁷ Zugleich zementiert die biologistisch-naturalisierte Auffassung von Geschlecht soziale Ungleichheiten in der Mehrheitsgesellschaft, die zur Stabilisierung einer reformulierten hegemonialen Männlichkeit notwendig sind.⁸ Gewalt gegen Frauen wird im rechten Diskurs auf patriarchale Gewaltverhältnisse der (im)migrierten »Anderen« externalisiert, vor denen die »eigenen« Frauen geschützt und die eingewanderten muslimischen Frauen in ihrer vermeintlichen sexuellen patriarchalen Unterordnung gerettet werden müssen.⁹ Rechte femonationalistische Diskurse reduzieren heterosexuelle Frauen zu Opfern, die von den zur Mehrheitsgesellschaft gehörenden Männern oder von einem autoritären Staat zur Erhaltung der Nation geschützt werden müssen. In diesem patriarchal-heteronormativen Angebot kann sich Männlichkeit mithilfe eines rechten »Feminismus« zugleich überlegen und aufgeklärt-modern imaginieren.¹⁰ Eine solche Überlegenheitsmännlichkeit ist untrennbar mit einer nationalistischen Refigurierung von Weißsein verbunden, was in der Reformulierung eines biopo-

5 Vgl. Gabriele Dietze, *Sexueller Exzeptionalismus. Überlegenheitsnarrative in Migrationsabwehr und Rechtspopulismus*, Bielefeld 2019, S. 115–140; sowie Elżbieta Korolczuk, Agnieszka Graff, »Gender as ›Ebola‹ from Brussels: The Anticolonial Frame and the Rise of Illiberal Populism«, in: *Signs. Journal of Women in Culture and Society* 4 (2018), S. 797–821.

6 Sara R. Farris, *In the Name of Women's Rights. The Rise of Femonationalism*, Durham, London 2017.

7 Vgl. Sabine Hark, Paula-Irene Villa, *Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart*, Bielefeld 2017. Zu kolonialen Dimension im patriarchalen Geschlechterverhältnis siehe Rita Laura Segato, »A Manifesto in Four Themes«, in: *Critical Times* 1 (2018), S. 198–211.

8 Vgl. Raewyn Connell, James W. Messerschmidt, »Hegemonic Masculinity. Rethinking the Concept«, in: *Gender & Society* 6 (2005), S. 829–859.

9 Gabriele Dietze spricht im Kontext des damit einhergehenden Überlegenheitsdiskurses von »sexuell exzeptionalistischer Migrationsabwehr« (Dietze, *Sexueller Exzeptionalismus*, S. 31).

10 Vgl. Sauer, »Demokratie, Volk, Geschlecht«, S. 189.

litischen Rassismus aus dem 19. Jahrhundert die über Fragen von »Geschlecht«, »Familie« und »Identität« vermittelte Anrufung eines »gesunden«, »reinen«, »weißen« ›Volkes‹ ermöglicht.¹¹ Dieses identitäre, ethnisierte ›Volk‹ wird als vorpolitisch gegeben naturalisiert. Auf der Grundlage des diskursiven Antagonismus zwischen »Sie« versus »Wir« oder »die Eliten« versus »das Volk«¹² behauptet der autoritäre Populismus, mit dem »wahren Volk« eine Identität zu bilden. Die autoritäre Wende stützt sich wesentlich auf Diskurse des Identitären und Authentischen, und Repräsentation kulminiert so idealerweise in einer Führerfigur. Solche diskursiven Strategien von »Volksidentität« erhalten die repräsentative Form der Demokratie und suggerieren Lösungen für ihre Krise.

Dem identitär konstruierten ›Volk‹ stehen aktuell nicht mehr nur »politische Eliten« und Migrant*innen gegenüber. Vor allem »Genderisten« und Feminist*innen, LGBTI*- und Menschenrechtsaktivist*innen werden als »Feinde des Volkes«¹³ markiert, weil sie die Reproduktion im Sinne der patriarchal-rassisierten Stärkung der Nation verweigern. Die in sich völlig widersprüchliche weltweite politische Bewegung des autoritären Populismus gegen gleichgeschlechtliche Ehen, Abtreibungsrechte und »politische Korrektheit« wird ideologisch aus dem Vatikan befeuert, der die Begrifflichkeit der »Gender-Ideologie« erfunden hat und erfolgreich viral verbreitet.¹⁴ Der weit ins Bürgertum reichende Anti-

11 Vgl. Michel Foucault, *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesung am Collège de France 1975/76*, Frankfurt/M. 2002.

12 Vgl. Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin 2016, S. 42; Chantal Mouffe, *Das demokratische Paradox* (2000), Wien 2008, S. 85-106.

13 Graff/Kapur/Walters, »Introduction«, S. 550, mit besonderem Fokus auf Polen, Indien und die USA. Siehe auch Joan W. Scott, »The Uses and Abuses of Gender«, in: *Tijdschrift voor Genderstudies* 1 (2013), S. 63-77.

14 Bereits 2001 sprach Papst Johannes Paul II. von »spezifischen Ideologien des ›Geschlechts‹« (Elizabeth S. Corredor, »Unpacking ›Gender Ideology‹ and the Global Right's Anti-Gender Countermovement«, in: *Signs. Journal of Women in Culture and Society* 3 (2019), S. 613-638, hier S. 615; vgl. auch Mary Anne Case, »Trans Formations in the Vatican's War on ›Gender Ideology‹«, in: ebd., S. 639-664). Dezidiert zu einer »Gender-Ideologie« äußert sich Papst Franziskus in seiner Enzyklika: »*Laudato si*« – *Über die Sorge für das gemeinsame Haus*, Rom im Mai 2016, Paragraph 155. In seiner Rede vor polnischen Bischöfen im Rahmen des Weltjugendtages in Krakau 2016 rief er zur Rettung der Menschheit vor der Gender-Ideologie auf. Im März 2019 spitzt der vatikanische UN-Vertreter, der philippinische Erzbischof Bernardito Auza, in seiner Rede in New York die »Ge-

Gender-Diskurs macht es zugleich möglich, Gewalt gegen Frauen in der breiten Öffentlichkeit weiterhin als Verfehlungen Einzelner, als »Beziehungstaten« im Privaten zu betrachten und strukturell als Effekte eines unaufgeklärten Patriarchats der »Anderen« zu externalisieren.¹⁵

Statt diesen Fokus auf Geschlecht und Sexualität autoritär-populistischer Kräfte und Diskurse zu analysieren, wird außerhalb feministischer Forschung für das Erstarken des Rechtspopulismus häufig die soziale und ökonomische Prekarisierung im Neoliberalismus angeführt.¹⁶ Prekarisierung wird nicht nur auf verunsicherte hegemoniale Männlichkeiten reduziert, sondern auch suggeriert, sie sei ein rein klassenspezifisches Phänomen. Die strukturelle vergeschlechtlichte Prekarisierung sowie eine rassifizierte Prekarität von Migrant*innen werden nicht berücksichtigt. Doch Prekarisierung ist weder ein ausschließlich neoliberales noch ein homogenes Phänomen. Soziale, ökonomische und rechtliche Verunsicherungen gestalten sich so unterschiedlich, dass sie nicht zum kollektiven Interessenssubjekt eines »Prekariats« zusammengefasst werden können. Statt eine gemeinsame Arbeitserfahrung ist Prekarisierung vielmehr eine in unterschiedlichen Weisen die gesamte Gesellschaft betreffende politische Herrschaftsform, die sich in den 1990er Jahren klassenübergreifend durchzusetzen beginnt.¹⁷ Um- und Abbau-

fahr« der »Gender-Ideologie« weiter zu als »Bedrohung für die Zukunft«, vor allem die der Kinder, und als »Rückschritt für die Menschheit« (vgl. Salvatore Cernuzio, »The Holy See Against Gender Ideology: A Danger to Humanity. Sex is Not a Subjective Choice«, in: *La Stampa* vom 22. März 2019). Diese Kampagne wird von vielen rechtsextremen Politikern, mit und ohne Bindung an die Katholische Kirche, explizit aufgenommen.

15 Zu Femiziden im europäischen Vergleich siehe (<https://www.europeandatajournalism.eu/ger/Nachrichten/Daten-Nachrichten/Frauenmord-in-Europa-Ein-Vergleich-zwischen-unterschiedlichen-Laendern/>), letzter Zugriff 15.1.2020. Tödliche Gewalt gegen Trans*Frauen erscheint in keiner polizeilichen Statistik. All diese Femizide sind politische Morde und keine Verbrechen im Privaten.

16 Vgl. Klaus Dörre, »Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen«, in: Karl-Siegbert Rehberg u.a. (Hg.), *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung?*, Bielefeld 2016, S. 259-274; Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (2013), München 2014; und auch Didier Eribon, *Rückkehr nach Reims* (2009), Berlin 2016.

17 Pierre Bourdieu, »Prekarität ist überall« (1997), in: ders., *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz 1998,

ten von Sozialstaaten und Arbeitsmärkten sowie Finanzderegulierungen waren die Voraussetzung dafür, dass sich in der Finanz- und Schuldenkrise – in der EU verstärkt durch Austeritätspolitik – Prekarisierung weiter ausbreitete und zu einem normalisierten Regierungsinstrument geworden ist.¹⁸ Dies geht einher mit einer autoritären neoliberalen Reorganisation bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft, in der ausgelotet wird, inwieweit einem Segment der Bevölkerung die Reformierung patriarchal-heteronormativer, naturalisierter Geschlechterverhältnisse mitsamt einem entsprechenden Konzept von Familie zur Kompensation politisch-ökonomischer Transformationen angeboten werden kann. Anders als bis in die 1970er Jahre in bürgerlich-liberal-kapitalistischen Gesellschaften angenommen, haben die ersten Jahrzehnte neoliberaler Politiken allerdings deutlich gezeigt, dass patriarchal-heteronormative Geschlechterverhältnisse, die auf der Prekarisierung vor allem von (Ehe-)Frauen basieren, zum Erhalt der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft keineswegs notwendig sind. Im Kontext der Normalisierung von Prekarisierung konnten Geschlechterverhältnisse weitgehend liberalisiert, plurale Lebenskonzepte und Diversität kapitalisiert und für neoliberale Staatskonzepte nutzbar gemacht werden.¹⁹

Mit dem autoritär-neoliberalen Turn wurde die grundlegende Krisenhaftigkeit der liberalen Demokratie erneut offensichtlich.²⁰ Noch in den 1990er und 2000er Jahren war es in sozialen Bewegungen undenkbar, sich positiv auf Begriff und Praxis der Demokratie zu beziehen. Doch inmitten erstarkender autoritärer

S. 117–113. Gegen diese politisch-ökonomischen Transformationen entstand bereits am Beginn der 2000er Jahre die erste transnationale Bewegung der Prekären, die EuroMayDayBewegung (vgl. Gerald Raunig, *Maschinen Fabriken Industrien*, Wien u. a. 2019).

18 Vgl. Isabell Lorey, *Die Regierung der Prekären*, Wien 2012.

19 Vgl. Andrea Maihofer, »Pluralisierung familialer Lebensformen. Zerfall der Gesellschaft oder neoliberal passgerecht?«, in: Katharina Pühl, Birgit Sauer (Hg.), *Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queer-feministische Positionen*, Münster 2018, S. 113–138; Gundula Ludwig, »Freiheitsversprechen und Technologien der Macht. Transformationen des Sexualitätsdispositivs und das Begehren nach dem neoliberalen Staat«, in: Isabell Lorey, Gundula Ludwig, Ruth Sonderegger, *Foucaults Gegenwart. Sexualität – Sorge – Revolution*, Wien u. a. 2016, S. 15–45.

20 Vgl. Demirović, »Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie«, S. 30–34.

Politiken und EU-Austeritätsmaßnahmen entstanden am Beginn der 2010er Jahre vor allem in Südeuropa massive und nachhaltige emanzipatorische Demokratiebewegungen. Sie weigerten sich, klassische Forderungen nach mehr Demokratisierung aufzustellen und Repräsentant*innen zu wählen. Sie wollten eine andere, neue Form von Demokratie erfinden, praktizieren und leben. »Democracia real ya« (»Reale Demokratie jetzt sofort«) hieß der Slogan, der am 15. Mai 2011 viele Tausende erstmals auf der Puerta del Sol, dem zentralen Platz in Madrid, zusammenbrachte. Davor schon fingen die Versammelten auf dem Tahrir-Platz in Kairo an, neue Formen von radikaler Inklusion und Organisierung zu erproben, und danach dann auch jene auf dem Syntagma-Platz in Athen, auf den Plätzen der Occupy-Bewegungen in den USA, jene der Gezi-Bewegung in der Türkei und an vielen weiteren Orten. Sie bezogen sich emphatisch auf Demokratie als Weise, miteinander zu leben. Sie kämpften um neue Formen von Demokratie, für ein zutiefst demokratisches Leben, für eine neue Gesellschaft, die sie erfinden, erleben und in der Gegenwart herbeiführen wollten. Dieses vielfältige, andauernde, diskontinuierliche Erproben von neuen demokratischen Praxen war es, das vor einigen Jahren den Anlass gab, auch auf einer politisch-theoretischen Ebene über Alternativen zur liberalen repräsentativen Form von Demokratie nachzudenken. Aus den Aporien der liberalen repräsentativen Demokratie heraus entfaltet sich eine Demokratie im Präsens: die präsentische Demokratie.

Autoritärer Populismus stützt sich dagegen gerade auf die Widersprüche der liberalen Demokratie, verschärft sie teilweise, und unterminiert zugleich das zentrale liberale Versprechen einer fortschreitenden, in die Zukunft gerichteten Demokratisierung. Dieses Versprechen basiert auf der Notwendigkeit von Anerkennungskämpfen und lässt die grundlegenden Herrschaftsverhältnisse repräsentativer Demokratie immer wieder als notwendig und diese Form der Demokratie als alternativlos erscheinen. Autoritärer Populismus will die Aporien liberaler Demokratie nicht in Demokratisierungsprozessen verändern, sondern als unveränderbar festlegen.

Zu den konstituierenden Aporien, in denen die liberale repräsentative Demokratie gefangen ist, gehören folgende sechs Widersprüche: Erstens ist Repräsentation immer ausschließend, nie werden *alle* repräsentiert. Der Anspruch auf Gleichheit ist mit diesem

Instrument nicht erreichbar. Anliegen der Nichtrepräsentierten kommen, wenn überhaupt, in den hierarchischen Institutionen der Repräsentation nur stark verformt an. Horizontale Entscheidungsstrukturen und offene Willensbildung werden in der Regel blockiert.

Zweitens basiert liberale Demokratie auf einer konstitutiven Trennung zwischen dem Politischen und dem Sozialen, zwischen Staat und (Zivil-)Gesellschaft. Aus der Autonomie des Politischen erwächst die Notwendigkeit von politischer Repräsentation, die die Grundlage des uneinlösbaren Versprechens liberaler Normen von Gleichheit und Gerechtigkeit darstellt.

Drittens unterstellt die Idee der Volkssouveränität die Einheit eines Volkswillens, der die Verfassung trägt. Die Vorstellung der juridischen konstituierenden Macht des souveränen ›Volkes‹ verlangt, dass es einen allgemeinen, einheitlichen Willen herausbildet. Der *demos* als ›Volk‹ darf nicht unbestimmt, vielheitlich und heterogen sein. Er zeigt sich im Bereich des Juridisch-Politischen als Maskulinistisch-Allgemeines und grenzt sich von einer zerstreuten, partikularen und weiblich konnotierten Multitude im Bereich des Sozialen ab.

Viertens ist liberale Demokratie immer eine begrenzte, eine eingegrenzte Demokratie. Die Volkssouveränität agiert immer im Rahmen eines Nationalstaats. Diejenigen, die in diesen Gesellschaften ankommen, können nur in bestehende, ethnisierete Verhältnisse integriert werden. Fühlt sich die liberale Demokratie bedroht, werden Grenz- und Migrationsregime zur Schließung eingesetzt. Die Freiheit wird im Namen der Freiheit eingeschränkt.

Fünftens konstituiert sich die bürgerliche liberale Demokratie durch die vergeschlechtlichte Trennung zwischen einer öffentlichen und einer privaten Sphäre. Die patriarchale Ordnung von naturalisierter heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit und Kleinfamilie gewährleistet die kapitalistisch profitable unbezahlte Sorge- und Reproduktionsarbeit von Frauen. Soziale Verbundenheiten, Prekärsein, Reproduktion und Sorge werden feminisiert, abgewertet und depolitisiert.

Sechstens zeigt sich in der Normalisierung von Prekarisierung und sozialer Verunsicherung die neoliberale autoritäre Wende anhand eines verstärkten Sicherheitsapparats. Kontrolle und Überwachung nehmen zu, soziale Sicherung nimmt ab. Prekari-

sierung, Austeritäts- und Schuldenpolitiken führen zu steigenden individuellen und staatlichen Verschuldungen. Das ist im Interesse der Restabilisierung bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft, denn Schulden und Kredit dienen einem berechenbaren, in die Zukunft gerichteten konformistischen Verhalten.

Die Logik liberaler Demokratie zeigt sich darüber hinaus in spezifischer Weise an zwei grundsätzlichen Problemen ihrer Konzeption von Zeit und Geschichte. Das eine Problem ist, dass eine bürgerliche Konstruktion von Geschichte stets fortschrittsgläubig ist und an einem linearen Zeitverständnis festhält. Es ist die kontinuierlich erzählte Geschichte der Sieger, der Zivilisierung, der Entwicklung, der (liberalen) Demokratie. Der Glaube und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft im Rahmen dieser Form von Demokratie bleiben unerschütterlich. Dieses Versprechen auf die Zukunft treibt nicht nur die Kämpfe um Anerkennung an, denen das Begehren anhaftet, sich in die Geschichte der Sieger einzuschreiben. Das Versprechen der linearen Zeit beeinflusst auch die Form politischer Organisation. Das liberale politische Verständnis von kontinuierlicher Dauer und Durchsetzungsfähigkeit ist untrennbar mit dem Festhalten an Institutionen der Repräsentation verbunden. Kämpfe von sozialen Bewegungen gelten so lange als spontaneistisch, unpolitisch, naiv oder ineffektiv, auf Präsenz und Unmittelbarkeit fixiert, solange sie sich nicht in einem zweiten Schritt der Formierung als Partei oder als eine andere Organisation der Interessenvertretung institutionalisieren. Keine Forderungen zu stellen und keine Vertreter*innen zu wählen irritiert das auf Repräsentation fokussierte chrono-politische Diskursregime.

Das zweite Problem besteht in einem beschränkten Verständnis der Gegenwart und dessen Geschichtsblindheit. Im liberalen Zeit- und Geschichtsverständnis bleibt die Gegenwart jenseits des Politischen, ist der Kontingenz und der Empfindung vorbehalten, einem als authentisch verstandenen Gefühl im Hier und Jetzt. Subjektivistisch und untauglich für Reflexion und Allgemeinheit, gilt die Gegenwart nur dem Partikularen und dem Moment. Sie ist der Dauer der Repräsentation entgegengesetzt, die sie in ihrer momenthaften Intensität auch nur verfälschen kann. Die Affirmation dieser Konstruktion der Gegenwart als einer authentisch-identitären findet sich nicht nur in autoritär-populistischen Ideologien, sondern auch als Sehnsucht nach dem Authentischen und Ekstatischen im

»Jetzt« einer gewissen Form von maskulinistischer linker Militanz. »Wahrheit« gilt hier als »volle Präsenz bei sich selbst und der Welt«, als »vitaler Kontakt mit der Wirklichkeit«, die die politische Aktion ausmache.²¹ Freundschaften entstehen als »irreversible Bindungen« in der Gewalt.²²

Präsentische Demokratie hat mit solchen authentizistischen Unmittelbarkeiten nichts zu tun. Sie entfaltet sich in einem völlig anderen Verständnis von Gegenwart. Die Zeit der präsentischen Demokratie ist die Jetztzeit, wie Walter Benjamin sie entworfen hat, und sie lässt sich als infinitive und ausgedehnte Gegenwart begreifen. Die Jetztzeit ist eine historisch-materialistische Zeit, in der die Kämpfe in der Gegenwart nicht ohne Bezüge zum Vergangenen sind. Diese Kämpfe aktualisieren minoritäre Geschichtsfragmente, entreißen sie dem Vergessen und stellen Verbindungen mit den in Gewaltverhältnissen Verstummten her – Beziehungsgeflechte, um von Neuem gemeinsam die Kraft zu erlangen, Herrschaftsverhältnisse wie Sexismus, Klassismus, Rassismus und Kolonialismus zu zerschlagen. Sie wissen, dass die »Wirklichkeit« nicht unmittelbar ist, sondern ein Gefüge aus Herrschaftsverhältnissen, und sie nutzen die Gegenwart, um mit den Sprüngen in minoritäre Vergangenheiten die Konstellationen der Gegenwart neu zusammenzusetzen. Sie unterstützen die Demokratisierungsprozesse der liberalen Demokratie, die Kämpfe um Anerkennung und die Ausweitung von Rechten. Aber sie gehen darüber hinaus. Sie verlassen die liberale Logik der linearen Zeit und praktizieren präsentische demokratische Politiken.

Das Präsentische steht nicht in einem dichotomen Verhältnis zur Re-Präsentation, es entsteht vielmehr in einem Exodus aus der doppelten Problematik von linearen, kontinuierlichen Erzählungen und authentisch-identitären Gegenwartsfetischismen. Das Präsentische ist die politische Gegenwart, in der ein unzeitgemäßes und unaufgeschobenes Werden der Demokratie praktiziert wird. Dieses Werden von neuen Formen der Demokratie entfaltet sich in einem konstituierenden Prozess, der nicht einfach auf konstitutionelle Neuordnung, auf eine Verfassung im Sinne eines Grundgesetzes gerichtet ist. Viel grundlegender ist der konstituierende Prozess der präsentischen Demokratie in das Entstehen neuer Subjekti-

21 Vgl. Unsichtbares Komitee, *Jetzt* (2017), Hamburg 2017, S. II.

22 Ebd., S. 12.

vierungen verwickelt. Präsentische Demokratie hält die Aporien liberaler Demokratie nicht für unveränderbar, sondern bricht sie auf. Keine identitären Konfrontationen von »Wir« und »Sie«, keine Dichotomien von Konsens und Konflikt oder Bewegung und Partei. Präsentische Demokratie ist ohne ›Volk‹ und ohne Nation. Statt Grenz- und Migrationsregimen sind ihre Grenzen Sexismus und Rassismus, Homo- und Transphobie, Kolonialismus und Extraktivismus.²³

Zu den wichtigsten aktuellen Kämpfen präsentischer Demokratie gehören die transnationalen queer-feministischen Streikbewegungen, die sich seit 2015 gegen Gewalt gegen Frauen* und autoritär-populistische Politiken gebildet haben.²⁴ An vielen Orten war der Auslöser ein Femizid, eine Frau* zu viel, die der Gewalt von Männern zum Opfer fiel, weil sie sich weigerte, patriarchal-heteronormative Geschlechterrollen zu bedienen.

2016 bildete sich in Polen gegen den regierenden autoritären Populismus die breite emanzipatorische Frauenbewegung des »Schwarzen Protests«, die sich erfolgreich gegen die versuchte Verschärfung des ohnehin strengsten Abtreibungsrechts zu Wehr setzte. Inspiriert von diesem Erfolg, riefen kurze Zeit später die Frauen* in Argentinien erneut zum feministischen Massenstreik auf: »#NiUnaMenos« (»#Nicht eine weniger«). Die Welle des Protests wird seitdem weltweit immer größer. Die queer-feministischen Streiks wenden sich nicht allein gegen Gewalt gegen Frauen*, Autoritarismus und Antifeminismus, Homo- und Transphobie, sondern gegen die lebensfeindliche Allianz von patriarchaler Ordnung und neoliberaler kapitalistischer Ausbeutung und Plünderung. Die feministische Welle bricht Rekorde, wie am 8. März 2018, als allein in Spanien in 300 Städten und Gemeinden sechs Millionen Menschen am bislang größten Streik in Europa teilnahmen. Weltweit gab es feministische Massenstreiks in über 50 Ländern.²⁵

23 Siehe auch Segato, »A Manifesto in Four Themes«.

24 Die ersten Proteste der argentinischen Bewegung NiUnaMenos fanden im März 2015 in Buenos Aires statt. Vgl. u. a. Isabell Lorey, »Vorwort. 8M – Der große feministische Streik«, in: Verónica Gago, Raquel Gutiérrez Aguilar, Susana Draper, Mariana Menéndez Díaz, Marina Montanelli, Marie Bardet, Suely Rolnik, *8M – Der große feministische Streik. Konstellationen des 8. März*, Wien u. a. 2018, S. 9-22; sowie *Critical Times* 1 (2018).

25 In Italien hat sich die immer stärker werdende Bewegung unter dem Slogan »Non Una Di Meno« ausgebreitet und ist überall dort aktiv, wo die Rechte von

Der queer-feministische Streik ist ein politischer und sozialer Streik. Er zielt auf mehr ab als einfach nur auf Lohnarbeit. Er braucht kein vereintes Subjekt, das geschlossen streikt. Er geht stattdessen von nicht-identitären Verbundenheiten und Affizierungen aus. »Tocan a una, tocan a todas« (»Rühren sie eine an, rühren sie alle an«), sagen sie in Argentinien. Die Streikbewegungen beziehen sich nicht nur auf queer-feministische Genealogien, sondern auch auf die repräsentationskritischen Besetzungs- und Demokratiebewegungen der 2010er-Jahre, auf deren transversale Praxen der Organisierung. Sie verstehen sich als »anti-rassistisch, anti-imperialistisch, anti-heterosexistisch und anti-neoliberal«,²⁶ auch deshalb, weil der Angriff auf Frauen* und alle Arbeitenden mit der Herausbildung von Neoliberalismus, Finanzialisierung und unternehmensorientierter Globalisierung in extremer Weise zugenommen hat, vor allem für Women of Color, arbeitslose und migrantische Frauen.

Die gegenwärtigen queer-feministischen Kämpfe sind nicht nur vielheitlich und mannigfaltig in ihrer geopolitischen Ausdehnung und transversalen Ausrichtung, sie ziehen auch Linien durch die Zeit – so im auf vielen Demonstrationen in Lateinamerika und zunehmend auch in Europa gesungenen Lied: »Somos las nietas de todas las brujas que no pudieron quemar, pero es el momento de alzar nuestra voz y gritarle al mundo ¡NI UNA MAS!« (»Wir sind die Enkelinnen all der Hexen, die sie nicht verbrennen konnten, aber es ist Zeit, unsere Stimme zu erheben und in die Welt zu schreien NICHT EINE MEHR!«).²⁷

Frauen* eingeschränkt werden (vgl. Non Una di Meno, *Abbiamo un Piano. Piano femminista contro la violenza maschile sulle donne e la violenza di genere*, 2017, <https://nonunadimeno.files.wordpress.com/2017/11/abbiamo_un_piano.pdf>, letzter Zugriff 15.1.2020).

26 Vgl. den Aufruf »Women of America: We're Going on Strike. Join Us so Trump Will See Our Power« von Linda Martín Alcoff, Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya, Nancy Fraser, Barbara Ransby, Keeanga-Yamahatta Taylor, Rasmea Yousef Odeh, Angela Davis (<<https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/feb/06/women-strike-trump-resistance-power>>, letzter Zugriff 15.1.2020). Siehe auch Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya, Nancy Fraser, *Feminismus für die 99 %. Ein Manifest* (2019), Berlin 2019.

27 Eines der inspirierenden Bücher hierzu ist Silvia Federici, *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation* (1998), Wien 2012. Die diskontinuierlichen Zeitlinien der Verweigerung und des Bruchs aktualisie-

In Zeitsprüngen werden vergangene Kämpfe erinnert. Die aktuelle Streikwelle ist ihren Praxen und Organisierungen gegenüber verschuldet.²⁸ Wo es wie in Spanien seit vielen Jahren eine Demokratiebewegung gibt, schließt diese Welle an, um der liberalen Form von Demokratie von Neuem über Grenzen und Begrenzungen hinweg Praxen präsidentischer Demokratie entgegenzusetzen. Von der Gewalt gegen Frauen* als Ausdruck struktureller Gewalt auszugehen, von der strukturellen Abwertung von Sorge und Reproduktion, von ökonomischen und sozio-politischen Herrschaftsverhältnissen der Diskriminierung, Ausgrenzung und Abschiebung, bedeutet, die aktuellen queer-feministischen Kämpfe, die Bündnisse so vieler Bewegungen und Initiativen umfassen, immer als intersektionale und transversale Kämpfe zu verstehen. Das ist der Gewinn des Streiks als transnationales queer-feministisches Instrument, das für eine Vielfalt an Akteur*innen offen ist, nicht allein für Frauen*, sondern etwa auch für prekäre und migrantische Arbeitende.

Die queer-feministische Streikwelle nimmt die Herausforderung

ren die besondere Streiktheorie von Rosa Luxemburg zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in der der Massenstreik als eine revolutionäre Kraft vorgestellt wird, die ihre Richtung und die Bewegung ändert, aber nicht aufhört, sondern immer wieder ansetzt und von Neuem beginnt (vgl. Rosa Luxemburg, »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« (1906), in: dies., *Politische Schriften I*, hrsg. und eingel. von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1966, S. 135–228). Vor allem in Lateinamerika und Spanien häufen sich auch die Bezüge auf das Madrider aktivistisch-theoretische Kollektiv Precarias a la deriva, das 2002/2003 zu einem antikapitalistischen Sorgestreik aufgerufen hat – einer neuen Form des politischen Streiks, der sich »auf all jene Praxen bezieht, die den uneingeschränkt politischen Charakter der Sorge freilegen, [...] die Nachhaltigkeit des gemeinsamen Lebens ins Zentrum rücken, die kapitalistische Akkumulationslogik in ihrem Kern herausfordern« (Precarias a la deriva, *Was ist dein Streik? Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*, Wien u. a. 2014, S. 109).

- 28 Bezüge auf vergangene Streiks sind beispielsweise der Frauenstreik von 1975 in Island, als 90 % der Frauen vierundzwanzig Stunden lang im Kampf für gleichen Lohn ihre Arbeit niederlegten. Fünfundzwanzig Jahre später, im Jahr 2000, entstand die erste internationale Kampagne für einen weltweiten Frauenstreik, in dem alle Sorgearbeiten ausgesetzt werden sollten, um Lohn für Hausarbeit zu erkämpfen; statt ins Militär sollte in Sorge investiert werden. In Deutschland stellte für den 8. März 2019 das Streikverständnis des Frauenstreiks von 1994 einen weiteren Bezug dar (vgl. Gisela Notz, »Wir wollten Brot und Rosen«, in: *Ada Magazin*, 23. September 2018, <<https://adamag.de/frauenstreik-1994-wir-wollten-brot-und-rosen>>, letzter Zugriff 15.1.2020).